

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. Februar 1980

am Donnerstag, dem 28. Februar 1980

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	5, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	8, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . .	9, 38 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) Hält die Bundesregierung die Einführung der von der EG-Kommission vorgeschlagenen „Superabgabe“ oder ähnlicher Quotensysteme zur Drosselung des Anstiegs der Milchproduktion schon bei den diesjährigen Agrarpreisverhandlungen für wahrscheinlich, und wie beurteilt sie die Interessengegensätze der EG-Staaten in diesem Zusammenhang?
2. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) Ist die Bundesregierung für den Fall, daß eine Einigung über die genannten Maßnahmen zur Mengenregulierung nicht zustandekommt, bereit, im Rahmen eines Maßnahmenbündels für eine durchgreifende Verbesserung der bisherigen Nichtvermarktungsprämien einzutreten, und würde sie dann den in Agra-Europe, Nummer 3/80, vorgeschlagenen Satz von 0,25 DM je Kilogramm nicht vermarkteter Milch als mittlere Orientierungsmarke für ein wirksames Prämiensystem befürworten?
3. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die dänischen Maßnahmen gegen drei deutsche Fischereifahrzeuge unter Grönland unter Berücksichtigung der Rechtslage im EG-Meer?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

4. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung eine Änderung der bisherigen Regelung, wonach Arbeitslose im Krankheitsfall — wegen ihres Anspruchs auf Krankengeld — nicht mehr an die zuständige Krankenkasse verwiesen werden, sondern an Stelle des Krankengelds das Arbeitslosengeld in Höhe von 68 v. H. bis zu sechs Wochen von der Bundesanstalt für Arbeit „fortgezahlt“ werden soll, und wenn ja, aus welchen Gründen?
5. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie würde sich eine solche „Arbeitslosengeldfortzahlung“ jeweilig für die Bundesanstalt für Arbeit und die Krankenkassen finanziell und verwaltungstechnisch auswirken?
6. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zum Erwerbsverhalten verheirateter Frauen vom vergangenen Jahr bekannt, und was tut die Bundesregierung zur Schaffung der dort für die nächsten fünf Jahre prognostizierten 274 000 (Minimum) neuen Teilzeitarbeitsplätze?
7. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, durch finanzielle Anreize die Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen zu erleichtern?

8. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung, wie sie auf dem Kolloquium des wissenschaftlichen Instituts der Allgemeinen Ortskrankenkassen vertreten wurde, wonach die Beitragsunterschiede in der Krankenversicherung das verfassungsrechtlich zulässige Maß überschreiten, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun?
9. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Benachteiligung zahlreicher Impfgeschädigter zu ziehen, die nach jahrelangen Prozessen vor Sozialgerichten deshalb keine Entschädigung erhalten, weil in einzelnen Gutachten der Zusammenhang des Gesundheitsschadens mit einer vorausgegangenen Impfung nicht mit an „Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ angenommen wird, obwohl nach § 52 Abs. 2 des Bundesseuchengesetzes die Anerkennung des Gesundheitsschadens erfolgen kann, wenn über die Ursache des Leidens als Folge einer Impfung in der medizinischen Wissenschaft Ungewißheit besteht?
10. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Durch welche bemerkenswerten Eigenschaften zeichnet sich der Arbeitsstoff Asbest aus, und welche Folgen hätte ein Verbot des Arbeitsstoffs Asbest für die gesamte deutsche Industrie?
11. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Substitutionsprodukte für den Arbeitsstoff Asbest sind der Bundesregierung bekannt?
12. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wäre die Bundesregierung bereit, die Forschung auf dem Gebiet der Substitutionsprodukte zu fördern?
13. Abgeordneter
Dr. Starke
(Franken)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Produkten schätzungsweise Asbest verwendet wird, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Asbest in der heutigen Lebenswelt zu?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung inzwischen meine Anfrage zur Fragestunde vom 17./18. Januar 1979 beantworten, in der ich um Aufschluß bat über die Konsequenzen, die der Bundesverteidigungsminister aus der Untersuchung von Frau Gerber bezüglich der psychischen Störungen von Kindern, deren Eltern häufig versetzt werden, gezogen hat?
15. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß ich die wissenschaftliche Arbeit von Frau Gerber seinem Hause inzwischen zur Verfügung gestellt habe, damit er die Möglichkeit hat, diese wissenschaftlich gut fundierte Ausarbeitung auf seine Planungen Einfluß nehmen zu lassen, und damit die Voraussetzung zur Beantwortung meiner Frage geschaffen sind?
16. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die Munitionsbevorratung der Bundeswehr im Soll-Ist-Vergleich nicht den Erfordernissen der Verteidigungsplanung entspricht, und bei welchen Waffensystemen der Bundeswehr führt die unzureichende Munitionsbevorratung dazu, daß deren optimale Verteidigungs- und Wirkungsmöglichkeit zeitlich nur sehr begrenzt genutzt werden kann?

17. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, im Zuge eines Nachtragshaushalts im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums die Munitionsbevorratung so zu verbessern, daß damit die Verteidigungsfähigkeit erhöht und die der Bundeswehr gestellten Aufträge erfüllbar sind?
18. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen als Antwort auf die sowjetische Invasion in Afghanistan beabsichtigt die Bundesregierung im militärischen Bereich, und ist unter Umständen auch an eine Verlängerung der Wehrdienstzeit und an zusätzliche Maßnahmen bei der Zivilverteidigung gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

19. Abgeordneter
Hauck
(SPD) Mit welchen Aktionen und Maßnahmen ist dem besonderen Anliegen des Internationalen Jahrs des Kindes, die Situation der Kinder in der Dritten Welt verbessern zu helfen, entsprochen worden?
20. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Maßnahmen wurden im Internationalen Jahr des Kindes getroffen, um den Schutz von Kindern vor Mißhandlungen zu verbessern?
21. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Hat nach Auffassung der Bundesregierung die Arbeit in der nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes zu einer verstärkten Kooperation und Koordination zwischen den zahlreichen öffentlichen und privaten Aufgabenträgern bei Maßnahmen zugunsten von Kindern beigetragen?
22. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Welche Anstöße hat das Jahr des Kindes gegeben, um die häufig beklagte Kinderunfreundlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland abzubauen?
23. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Internationalen Jahr des Kindes getroffen, um die wirtschaftliche Situation der Familie zu verbessern?
24. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Forderung der nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes nach Verbesserung der Familienbildungsangebote die derzeitige Entwicklung in diesem Bereich?
25. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Auf welche Weise können nach Auffassung der Bundesregierung die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Pflegestellenerziehung wirksam verbessert werden?
26. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD) Sind der Bundesregierung die Ergebnisse einer Untersuchung bekannt, wonach jährlich in der Bundesrepublik Deutschland ca. 12 000 Kinder wegen Vergiftungen durch Putz- und Spülmittel in Krankenhäusern behandelt werden müssen und innerhalb der letzten zehn Jahre über 500 Kinder an solchen Vergiftungen starben, und wann wird die Bundesregierung für die Packungen derartiger gefährlicher Mittel kindersichere Verschlüsse zwingend vorschreiben?

27. Abgeordnete
**Frau
Dr. Balsler**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Beiträge zur Förderung einer kinderorientierten Gestaltung der Wohnumwelt, z. B. in der Verbesserung der Verkehrssicherheit und in der Verbesserung des Angebots an Kinderspielplätzen, geleistet werden konnten?
28. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der deutsche Vorsitzende der UN-Rauschgiftkommission ca. 65 000 Drogenabhängige und eine jährliche Zuwachsrate von ca. 10 v. H. nennt, die Einschätzung der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Huber, und ihrer Staatssekretäre, die anhaltend, z. B. in Erklärungen vom 13. November 1979, 12. Dezember 1979 und 31. Januar 1980 behaupten, es gebe nur ca. 45 000 Drogenabhängige in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Zahl stagniere?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

29. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Transport gefährlicher Güter sicherer zu machen?
30. Abgeordnete
**Frau
Benedix-Engler**
(CDU/CSU) Welcher Art sind die eingeleiteten Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn, um die Einstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Schienenpersonenverkehr zu verbessern und damit den Schienenpersonenverkehr für Ältere und Behinderte zu erschließen, und was tut die Bundesregierung, um diese Maßnahmen zu beschleunigen?
31. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung die Auswirkungen der Haushaltsmittelkürzung im Bereich der Bundesfernstraßen für das dünnerbesiedelte Zonenrandgebiet zu mildern angesichts der Tatsache, daß diese Gebiete wegen des geringeren Verkehrsaufkommens und des früher geltenden Bedarfsprinzips beim Bau der Fernstraßen benachteiligt wurden und jetzt nach Verstärkung des Merkmals „Erschließung“ die marktfernen Räume zwar eine höhere Priorität erhielten, die erforderlichen Haushaltsmittel aber aus konjunkturellen Gründen oder wegen einer angeblichen Sättigung des Bedarfs empfindlich gekürzt werden sollen?
32. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie empfiehlt die Bundesregierung den mit der Durchführung beauftragten Straßenbauämtern bei den zusätzlichen Kosten zu verfahren angesichts der Tatsache, daß Bundesfernstraßenbauabschnitte ausgeschrieben und vergeben wurden, deren Kalkulation auf der Grundlage eines zügigen Ausbaus erstellt, aber wegen der Kürzung der Haushaltsmittel nur zum Teil zügig ausgebaut werden können, so daß bei vergabegerechter Durchführung der Maßnahmen erhebliche Zinsen anfallen oder bei Unterbrechung der Baumaßnahmen nicht vorgesehene und nicht kalkulierte Verteuerungen in Kauf genommen werden müssen?

33. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Ist der Bundespostminister bereit, mir den in seinem Antwortschreiben vom 5. Februar 1980 erwähnten Bericht der zentralen Verkehrsleitung in Köln wegen der zentralen Briefverteilanlage im Raum Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil zu überlassen?
34. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Falls nicht, welche Gründe gibt es, diesen Bericht einem Mitglied des Deutschen Bundestages vorzuhalten?
35. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Teilt der Bundesverkehrsminister die Auffassung, daß die Beschränkung des Fernsprechnahbereichs auf 20 Kilometer in den dünnbesiedelten ländlichen Regionen zu einer Benachteiligung gegenüber den Ballungsgebieten führt, und ist der Bundesverkehrsminister aus diesem Grund bereit, in solchen dünnbesiedelten Räumen, wie z. B. im westmittelfränkischen Bundeswahlkreis Ansbach, statt dessen den 30 Kilometer Entfernungsbereich vorzusehen?
36. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß sich ein Personalvertretungsmitglied wegen der Bauplanung für einen Baubezirk der Deutschen Bundespost an einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet, für ein Dienstvergehen, welches Anlaß zur Durchführung eines disziplinarrechtlichen Ermittlungsverfahrens gibt?
37. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Einstellung der Oberpostdirektion Regensburg, Bauvorhaben der Deutschen Bundespost und die hierzu vorliegenden innerbetrieblichen Meinungsäußerungen der Bediensteten und ihrer Interessenvertretungen zu „Amtsgeheimnissen“ zu erklären?
38. Abgeordneter
Dr. Schwarz-Schilling
(CDU/CSU) Bedeutet die Neufassung des § 49 a der Fernmeldeordnung, in welcher nicht mehr von der „versuchsweisen Einrichtung“ örtlicher Kabelnetze, sondern von der „Überlassung öffentlicher Breitbandnetze“ gesprochen wird, daß die Frage der Trägerschaft eines sowohl für postalische Zwecke als auch für die Übertragung der neuen Medien geeigneten Netzes offengelassen wird, oder stehen hinter dieser Formulierung auch andere Gesichtspunkte?
39. Abgeordneter
Dr. Schwarz-Schilling
(CDU/CSU) Wird die Deutsche Bundespost die Konkurrenz mit der Privatindustrie um den Bau von Kabelfernsehanlagen zulassen und konsequent darauf verzichten, ihren Genehmigungsvorbehalt als ein Mittel der Ausschaltung von günstigeren Konkurrenzangeboten zu benutzen?
40. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß die Deutsche Bundespost bei der Einrichtung einer öffentlichen Sprechstelle mit Münzfernsprecher in einer Schule eine Mindesteinnahme von 100 DM für jeden einzelnen Monat des Jahres verlangt und keinen Ausgleich zwischen den höheren Einnahmen in den Schulwochen und den Mindereinnahmen während der Ferien zuläßt?
41. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Besteht bei der Deutschen Bundespost eine generelle Regelung für Großstädte, die vorsieht, den Briefträgern Verbundpässe für die Fahrt in ihre Zustellbezirke zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wie ist es möglich, daß z. B. in Stuttgart die Briefträger ihre Fahrkosten bzw. ihren Verbundpaß selbst kaufen und bezahlen müssen?

42. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost u. a. auf dem Gebiet der Anrufbeantworter „einen neuen Markt entdeckt“ hat (s. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Januar 1980) und hier beabsichtigt, wenn auch in Gestalt eines Telefons mit entsprechender Zusatzfunktion, massiv in Konkurrenz zu z. T. sehr leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen zu treten?
43. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Welche Begründung hat die Bundesregierung für die ständige Ausweitung des Postmonopols, und wie steht sie zu der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Februar 1980 getroffenen Feststellung, daß „im Bundeswirtschaftsministerium . . . eine Lockerung des Fernmeldemonopols, zumindest bei den Endgeräten begrüßt“ werde, und daß in Bonn damit gerechnet werde, „daß das Netzmonopol und das unternehmerische Verhalten der Post zunehmend in Frage gestellt werden“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

44. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Forderung bekannt, im Rahmen der Energieeinsparung beim Wohnen auch den Einbau von Kachelöfen zu subventionieren, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Forderung vor allem unter dem Gesichtspunkt des gezielten Einsatzes der Fördermittel und der unerwünschten Mitnehmereffekte?
45. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der Anregung des Aachener Verwaltungsgerichts folgen, daß, wenn angesichts der zunehmenden Energieverknappung die Nutzung anderer Energiequellen und damit auch von Windrädern zugelassen werden sollte, es die „Aufgabe des Gesetzgebers ist, dem durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen“?
46. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine gesetzliche Änderung des Baurechts, wonach es in Zukunft möglich sein wird, eine Windkraftanlage zu errichten, um Heizöl zu sparen?
47. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Hat die Bundesregierung geprüft, inwieweit die UNESCO-Empfehlungen für internationale Architektur- und Stadtplanungswettbewerbe (Drucksache 8/3064) in die Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe (GRW 1977) übernommen werden können, insbesondere bezüglich der Verbesserung der Urheberrechte, der Beteiligung der Berufsverbände und der Beauftragung von Preisträgern, und was hat diese vom Bundestag (Drucksache 8/3465) erbetene Prüfung ergeben?
48. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher getan, und was plant sie zu tun, um die Bevölkerung, insbesondere auch die Eigentümer von Sozialmietwohnungen, über den Inhalt des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1980 und die Zeitpunkte des Inkrafttretens der einzelnen Neuerungen zu informieren?

49. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- In welchem Ausmaß beinhaltet die am 20. Februar 1980 vom Bundeskabinett beschlossene Wohngeldnovelle eine Anpassung der Wohngeldleistungen für Ein-, Zwei- und Dreipersonenhaushalte an die seit der letzten Wohngeldnovelle eingetretene Mieten- und Einkommensteigerung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

50. Abgeordneter
Dr.-Ing.
Laermann
(FDP)
- Welche Erwartungen bezüglich der Nutzung und Markteinführung verbindet die Bundesregierung mit der Förderung der Entwicklung von Windenergieanlagen?
51. Abgeordneter
Dr.-Ing.
Laermann
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die inzwischen bekannt gewordenen rechtlichen Schwierigkeiten seitens Genehmigungsbehörden und Gerichten bei der privaterseits geplanten Nutzung der Windenergie, und was gedenkt sie dagegen zu tun?
52. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Beamten des Bundesforschungsministeriums 140 Seiten umfassende Berichte zu Anträgen auf Forschungsförderung mehrfach zurückweisen, nur weil z. B. einmal mit der Seite 1 und nicht wie vorgeschrieben mit der Seite 5 begonnen wird, oder nur weil die Seiten „vorschriftswidrig“ gelocht sind, nur weil der Seitenrand „vorschriftswidrig“ wenige Millimeter breiter als die erlaubten 2,5 cm waren, nur weil mathematische Symbole „vorschriftswidrig“ mit Kugelschreiber und nicht mit Tusche eingetragen waren?
53. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Praxis Auswüchse der Bürokratie bedeuten, und wenn ja, was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen, um die Bürokratie bei der Einreichung von Anträgen auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben?
54. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund aus Mitteln des Haushalts des Bundesforschungsministers und aus dem Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zinsgünstige Kredite gewährt werden sollen, um gefährdete Arbeitsplätze zu sichern, gegebenenfalls in welcher Höhe?
55. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Zu welchen Konditionen (Umfang des Investitionsprogramms, Höhe der Bundes- und Landesmittel, Zinssatz, Beginn und Dauer der Tilgung) sollen die Haushaltsmittel des Bundes gegebenenfalls vergeben werden?
56. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Haushaltsansätzen (Höhe und Jahr des Mittelabflusses) sollen die Kredite des Bundes gewährt werden?
57. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Wieviel Arbeitsplätze glaubt die Bundesregierung dadurch sichern zu können, und wieviel Arbeitsplätze werden aus heutiger Sicht in den nächsten Jahren auf Grund der neuen, weniger personalintensiven Fertigungsmethoden entfallen?

58. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Warum werden die Bundeshilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund aus dem Haushalt des Bundesforschungsministers und nicht aus dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministers bereitgestellt?
59. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Welche weiteren Förderungsmöglichkeiten (Art, Umfang, Konditionen) bestehen gegebenenfalls im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers oder in den Haushalten anderer Bundesminister?
60. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung der staatlichen Hilfe an die Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund auf den Wettbewerb in der Stahlindustrie?
61. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU) Treffen Pressemitteilungen (Westfälische Rundschau vom 24. Januar 1980) zu, daß die staatliche Hilfsaktion für die Hoesch Hüttenwerke AG durch Vermittlung des Bundeskanzlers zustande gekommen ist, und welche Rolle hat es dabei gespielt, daß der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens bis vor kurzem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium gewesen ist?
62. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Treffen Pressemitteilungen — zuletzt veröffentlicht am 1. Februar 1980 in der Presseschau der Landesregierung Nordrhein-Westfalen — zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, Kernkraftwerke unter der Erde zu planen und dafür als Standort auch Ostwestfalen zu untersuchen?
63. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Welche Voraussetzungen sind für den Bau unterirdischer Kernkraftwerke hinsichtlich der biologischen Bedingungen notwendig, und inwieweit treffen diese Bedingungen auf den Raum Ostwestfalen zu?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

64. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitwirkung der an den einzelnen Hochschulen bestehenden Studentenvertretungen bei der Erfüllung des Hochschulauftrags, nach dem Lehre und Studium den Studenten zu verantwortlichem Handeln in einem freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigen sollen (§ 7 des Hochschulrahmengesetzes)?
65. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Hält die Bundesregierung Hochschulen und Studentenvertretungen im Rahmen ihrer Aufgaben auch für berechtigt, sich mit politischen Ideen und Bestrebungen auseinanderzusetzen, die im Widerspruch zu den tragenden staats- und grundrechtlichen Entscheidungen der Verfassung stehen?
66. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung gegen den Analphabetismus in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

67. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler während der 35. Konsultationen auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrags von 1963 mit dem französischen Staatspräsidenten die Problematik der Rosselverschmutzung angesprochen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, wenn nicht, was gedenkt die Bundesregierung dann zu tun, um die enorme Belastung der Rossel durch die vielen chemischen Betriebe in Carling, die die Rossel als „schmutzigsten Fluß Europas“ bekannt gemacht haben, abzubauen?
68. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler während der 35. Konsultationen auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrags von 1963 mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing die Problematik des geplanten französischen 5 200 Megawatt-Kernkraftwerks in Cattenom, insbesondere die durch diese Massierung der Energieerzeugung in unmittelbarer Grenznähe zu erwartenden Umweltbelastungen und Sicherheitsrisiken für die saarländische Bevölkerung angesprochen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
69. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Afghanen haben seit April 1978 und nach dem 27. Dezember 1979 in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachgesucht und Aufnahme gefunden?
70. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wer ist dafür verantwortlich, daß bei den Olympischen Spielen in Lake Placid die Bundesrepublik Deutschland mit „FRG“ abgekürzt wird und nicht mit „D“ bzw. „GER“?
71. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat es Bundesinnenminister Baum bei seinem Besuch in Mexiko, der laut Baums eigener Ankündigung der Information über die Bekämpfung des internationalen Rauschgift Handels dienen sollte, unterlassen, mit den für die Rauschgiftbekämpfung verantwortlichen Ministern der dortigen Regierung zu sprechen sowie den üblichen Höflichkeitsbesuch beim Staatspräsidenten abzustatten, obwohl er sich laut Pressemeldungen ausreichend Zeit für ein umfangreiches touristisches Besuchsprogramm nehmen konnte?
72. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bedeutung des Rauschgiftproblems sowie die Pflege der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mexiko vom Bundesinnenminister erfordert hätten, bei seinem Mexiko-Besuch Abstriche an den laut Pressemeldungen touristischen Teilen des Besuchsprogramms sowie am Besuch der Olympischen Winterspiele vorzunehmen, um mehr Zeit für die dienstlichen und politischen Verpflichtungen zu gewinnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

73. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Wieviel Otto-Hahn-Gedenksilbermünzen sind entgegen der Anordnung, sie unter Verschuß zu halten, zu Lasten des deutschen Steuerzahlers in den Handel gekommen, und welche Stellen tragen dafür die Verantwortung?

74. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Hat die Bundesregierung die Gewißheit, daß keine Otto-Hahn-Münzen in Umlauf sind?
75. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Wird die Bundesregierung, falls dies doch der Fall sein sollte, Maßnahmen ergreifen, um einen Schwarzmarkt zu verhindern?
76. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Wie hat die Bundesregierung Vorsorge getroffen, daß sich die einzelnen Bundesminister bei den in ihren Haushalten vorgesehenen Förderungsprogrammen für in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Unternehmen nicht mit unterschiedlichen Konditionen und unterschiedlicher Förderungshöhe gegenseitig „Konkurrenz“ machen?
77. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Zahlen über den volkswirtschaftlichen Schaden liegen der Bundesregierung im Zusammenhang mit Kapitalbetrug im Warenerminsektor vor?
78. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Ist es zutreffend, daß sich (vgl. „Vorwärts“, Nummer 47 vom 15. November 1979) durch den Kapitalbetrug im Warenermingeschäft der volkswirtschaftliche Schaden auf mehrere Milliarden DM beläuft, da die Geschädigten in der Regel leer ausgehen und der Fiskus mit Forderungen betreffend Körperschaft- und Umsatzsteuer bei Zusammenbruch der Firmen ebenfalls leer ausgeht wie auch die Deutsche Bundespost offene Telefonrechnungen von diesen betrügerischen Firmen – im Einzelfall oft nicht unter 20 000 DM – nicht eintreiben kann?
79. Abgeordneter
Nehm
(SPD) Wie hoch beläuft sich nach Schätzungen der Bundesregierung der durch betrügerische Warenerminfirmen im Bereich der Kapitalanlage bei privaten Anlegern und Bundesfiskus angerichtete Schaden, und trifft es zu, daß der Deutschen Bundespost durch betrügerische Warenerminfirmen ein Schaden in Millionenhöhe entstanden ist?
80. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Welche Zahlen über die Wirtschaftskriminalitätsrate im Bereich des Kapitalanlagebetrugs im Warenermingeschäft liegen der Bundesregierung bezüglich Firmen (GmbH oder AG), deren Inhaber und Telefonverkäufer vor?
81. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob im Frankfurter Raum gegen ca. 70 Warenerminfirmen von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird, im Münchener Raum gegen ca. 50 solcher Firmen, im Berliner Raum gegen 15 derartige Firmen, im Hamburger Raum gegen ca. 40 solcher Firmen und im Düsseldorfer Raum gegen ca. 30 solcher Firmen?
82. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich zu Beginn des Jahres 1980 in Frankfurt/Main eine Interessengemeinschaft der im Warenermingeschäft Geschädigten in einem „Verein für Kapital- und Anlegerschutz in der Bundesrepublik Deutschland“ konstituiert hat, der sich neben der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität auch mit der Hilfe von Geschädigten befaßt, und inwieweit ist sie in der Lage und bereit, die Arbeit des „Vereins für Kapital- und Anlegerschutz in der Bundesrepublik Deutschland“ zu unterstützen?

83. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs bei der Verfolgung von betrügerischen Warenterminfirmen, darauf hinzuwirken, daß die Ausbildung der ermittelnden Beamten bei Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaften dem neuesten Informationsstand entsprechend angepaßt und der Informationsaustausch der Ermittlungsbehörden untereinander im Bundesgebiet einschließlich Berlin dergestalt gefördert wird, daß die im Bundesgebiet sehr beweglichen betrügerischen Warenterminhändler effizient verfolgt werden können?
84. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei der notwendigen Bekämpfung betrügerischer Warenterminfirmen entsprechende Zulassungsvoraussetzungen für Firmen, Firmeninhaber und Telefonverkäufer in Zukunft einzuführen und in der Bundesrepublik Deutschland zwingend vorzuschreiben, wie sie in den Vereinigten Staaten für Broker, Advisor und Telefonverkäufer von Aktien und Warentermingeschäften, z. B. von der „Commodity Futures Trading Commission“ (CFTC), seit 1974 beispielhaft vorgeschrieben sind?
85. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß grundsätzlich die Tätigkeit der Vermittlung von Warentermingeschäften §§ 34 c und 35 der Gewerbeordnung unterliegt?
86. Abgeordneter
Biermann
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Bereich der betrügerischen Warentermingeschäfte, den Warenterminvermittlern durch Anwendung des § 34c Abs. 1 Nr. 1a der Gewerbeordnung durch bundesweite einheitliche Richtlinien die Vermittlung von Warentermingeschäften zu untersagen, da die Vermittlungstätigkeit der Gewerbeordnung unterliegt?
87. Abgeordneter
Biermann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß § 35 der Gewerbeordnung auf jeden Fall für Warentermingeschäfte Anwendung finden muß und die Fortsetzung des Warentermingewerbes eventuell wegen gewerberechtl. Unzuverlässigkeit untersagt werden muß?
88. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die im Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vorgesehenen Gesetzesänderungen für den Bereich des Kapitalanlagebetrugs im Warentermingeschäft – Optionsgeschäfte und Direktgeschäfte an ausländischen Börsen – für ausreichend, um die hohe Wirtschaftskriminalitätsrate zu verringern und volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe in Zukunft zu verhindern?
89. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung – insbesondere mit Rücksicht darauf, daß bereits Telefonverkäufer betrügerischer Warenterminfirmen rechtskräftig verurteilt worden sind – bereit, analog zu den Bestimmungen des GmbH-Gesetzes hinsichtlich des betrügerischen Konkurses und des damit verbundenen Verbots künftiger Geschäftsführertätigkeit auch gegen rechtskräftig verurteilte Warenterminhändler bzw. Vermittler von Warentermingeschäften vorzugehen?

90. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, für die effiziente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität insbesondere im Bereich des Kapitalanlegerbetrugs in der Wertpapierbranche in der EG eine Initiative zu starten, nachdem auf dem Sektor des Wertpapiergeschäftes in der letzten Zeit verstärkt sogenannte Abwicklungsfirmlen von dem Personenkreis gegründet werden, der zuvor möglicherweise betrügerisch im Wertpapiergeschäft gearbeitet hat, um so bereits geschädigte Kapitalanleger ein weiteres Mal zu schädigen?
91. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Was kann die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs durch gesetzgeberische Initiative oder auf andere Weise dagegen tun, daß betrügerische Wertpapierfirmen den Betrug auf dem Sektor der Kapitalanlage in der Form begehen, daß nackte, leere Optionen mit Aufschlag verkauft werden, die von einem professionellen Stillhalter ausgegeben werden, d. h. Börsengeschäfte vorgetäuscht werden oder daß US-Optionen verkauft werden, obwohl der Optionshandel in den USA verboten ist?
92. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mehrere betrügerische Wertpapierfirmen in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen in der Schweiz und Liechtenstein z. B. deutsche Kapitalanleger betrogen haben, wobei der Schaden bei den Kapitalanlegern mehrere Millionen DM betragen hat, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Tatbestand, daß betrügerische Wertpapierfirmen mit ausländischen Firmen im EG-Bereich und in der Schweiz und Liechtenstein zusammengearbeitet haben und noch zusammenarbeiten, für die Verbesserung der internationalen Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität auf dem Sektor des Kapitalanlegerbetrugs?
93. Abgeordneter
Kratz
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, daß betrügerische Wertpapierfirmen den Betrug auf dem Sektor der Kapitalanlage in der Form begehen, daß Direktgeschäfte für Gold, Silber, Kakao, Blei z. B. mit einem Aufschlag verkauft werden von 25 und mehr Prozent, die nur teilweise an der Börse placiert werden, oder daß nicht handelbare Privatoptionen verkauft werden als börsengängige Optionen?
94. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß private Altenheime steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen ausstellen dürfen, und wenn nein, warum nicht?
95. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wie und ab wann könnte eine solche Regelung erfolgen?
96. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU)
- In welchen Fällen hat die Bundesregierung seit 1969 in welcher Höhe Bundeshilfen im weitesten Sinne (einschließlich Bürgschaften, Übernahme von Vermögensgegenständen des Unternehmens usw.) an Unternehmen (außer Bundesunternehmen) gewährt oder für die Zukunft in Aussicht gestellt, in deren Vorstand oder Aufsichtsrat im Zeitpunkt der Zusage der Bundeshilfe frühere Bundesminister oder Staatssekretäre saßen?

97. Abgeordneter Metz (CDU/CSU) Zu welchen Konditionen wurde diese Bundeshilfen gewährt?
98. Abgeordneter Metz (CDU/CSU) In welchen Fällen ist dabei der Bundeskanzler eingeschaltet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

99. Abgeordneter Dr. Schwörer (CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung bei der Neufassung technischer Normen (DIN-Normen) nicht auch die Notwendigkeit, diese zusammen mit den EG-Partnern zuerst abzustimmen, um zu verhindern, daß sich diese Normen unter den EG-Staaten ständig weiter auseinanderentwickeln und damit die Harmonisierung weiter erschweren?
100. Abgeordneter Dr. Schwörer (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache 120/78, Rewe-Zentral AG gegen Bundesmonopolverwaltung, bekannt, wonach jedes in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellte und in den Verkehr gebrachte Erzeugnis grundsätzlich auf dem Markt aller anderen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebracht werden können muß, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesrepublik Deutschland?
101. Abgeordneter Carstens (Emstek) (CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung außer dem Antrag der Hoesch Hüttenwerke AG in Dortmund bereits Anträge anderer Stahlunternehmen auf staatliche Hilfen vor, oder ist der Bundesregierung bekannt, daß weitere Stahlunternehmen beabsichtigen, staatliche Hilfe zu beantragen (Hinweis auf Stuttgarter Zeitung vom 23. November 1979), und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Bundeshilfen gegebenenfalls auch anderen, z. B. mittelständischen Unternehmen zu gewähren?
102. Abgeordneter Wüster (SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Verbraucherschutz so zu verbessern, daß bei Geschäften, bei denen Sachen in Teilleistungen geliefert werden, der Gesamtbetrag der gekauften Sachen angegeben werden muß?
103. Abgeordneter Wüster (SPD) Wann ist damit zu rechnen, daß bei Haustürgeschäften das Widerspruchsrecht auch bei Barkäufen im Hinblick auf den Verbraucherschutz gesetzlich geregelt wird?
104. Abgeordneter Schäfer (Offenburg) (SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, Bürgschaften für Kernkraftwerke zu übernehmen, falls Gerichte den Bau oder die Inbetriebnahme solcher Kraftwerke ablehnen oder verzögern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

105. Abgeordneter Jäger (Wangen) (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Staatssekretär Gaus, bei seinen Verhandlungen mit der DDR in wichtigen Punkten seinen Auftrag überschritten und sich wegen seiner Verhandlungsführung den Zorn des Bundeskanzlers zugezogen hat?

106. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Werden im Bundeskanzleramt derzeit — worauf verschiedene Pressemeldungen hindeuten — Überlegungen hinsichtlich eines Wechsels in der Person des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR angestellt, und zu welchem Ergebnis haben diese Überlegungen gegebenenfalls geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

107. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Artikel „Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR — Ein Historiker dokumentiert, wie es wirklich war“, in der Septemбераusgabe 1979 der von der Botschaft der UdSSR herausgegebenen Zeitschrift „Sowjetunion heute“, in dem grobe Unwahrheiten über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen verbreitet werden?
108. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß diese Zeitschrift auch an deutschen Schulen zur Verteilung gelangt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige, gezielt verteilte, geschichtsfälschende Darstellungen zu unternehmen, damit unsere Jugend objektiver durch echte Dokumentation über die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft informiert und aufgeklärt wird?
109. Abgeordneter
Walkhoff
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland in Vietnam lebenden Angehörigen von bereits in unserem Land ansässigen Flüchtlingen so lange die Aufnahme zu verweigern beabsichtigt, bis die vietnamesischen Behörden einem wesentlichen Teil der Personen, die bereits eine Einreisegenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland besitzen, die Ausreise erlauben?
110. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU)
- Für wie viele Personen aus Indochina liegen dem Auswärtigen Amt bisher nicht beschiedene Anträge auf Familienzusammenführung vor, wieviel beziehen sich auf die Flüchtlinge in Flüchtlingslagern der Erstaufnahmeländer und wieviel beziehen sich auf Personen, die noch in Vietnam wohnen?
111. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU)
- Wieviel der gestellten Anträge beziehen sich auf Familienangehörige im engeren Sinne (Eltern, Kinder, unverheiratete Geschwister), deren Übersiedlung Vorrang hat, und wie verteilen sich diese Anträge auf die Flüchtlingslager bzw. Vietnam?
112. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß der deutsche Generalkonsul in Genua die Abhaltung eines Seminars des dortigen Goethe-Instituts zur Frage Südtirols verhindert hat, und bejahendenfalls aus welchen Gründen?
113. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, nur zu „bedauern“, daß im Ostblock Menschen, die sich auf die KSZE-Schlusßakte berufen haben, verbannt, verhaftet und verurteilt worden sind?

114. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob, wie in der Presse gemeldet wird, der ehemalige litauische Kanuweltmeister Vldas Cessunias, der im August 1979 in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl gebeten hatte, in einer „psychiatrischen Einrichtung“ der Sowjetunion zu Tode gekommen ist?
115. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung auf Grund des Umstands, daß Cessunias auf bisher ungeklärte, jedoch recht mysteriöse Weise die Bundesrepublik Deutschland verlassen hat, bisher veranlaßt, um diesen Fall aufzuklären?
116. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welches rechtliche Verhältnis und welche vertraglichen Grundlagen galten für die Goethe-Institute vor dem in der Antwort (Anlage 65 zum Stenographischen Bericht der 201. Sitzung am 13. Februar 1980) genannten Zeitpunkt 1976, insbesondere von Ende 1969 ab, und konnten von 1969 bis 1976 die Leiter der Goethe-Institute nach eigenem Gutdünken „ihre“ nach eigenen Weltanschauungen ausgerichtete Kulturpolitik betreiben?
117. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welche Zahlungen wurden insgesamt von Goethe-Instituten seit 1970 an „Schriftsteller“ und „Künstler“ (wie Enzensberger, Wallraf, Staeck, Böll, Weiß) für Veranstaltungen im Ausland, für Reisen, Vorträge und sonstige Honorare geleistet, und waren diese Veranstaltungen und Ausgaben mit dem auswärtigen Amt und den jeweiligen Botschaften einvernehmlich abgesprochen worden?
118. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- In welchen Punkten und mit welchen Antworten der Volksrepublik Polen wurde die Verletzung der Rechte Deutscher gemäß Artikel 27 des Polnischen Menschenrechtspakts in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und in Polen anlässlich des 1. polnischen Staatenberichts im Menschenrechtsausschuß der UN (vgl. Antwort auf Frage B7 vom 13. Juli 1979) erörtert, welches Material über Verweigerung der kulturellen Rechte für Deutsche sowie der zwangsweisen Überführung deutscher Kinder in die polnische Nationalität hat die Bundesregierung an Kommissionsmitglieder übermittelt?
119. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Sowjetunion nach Auffassung der Bundesregierung ihre Verpflichtungen aus Artikel 2 der UN-Charta durch den Einmarsch in Afghanistan auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der UN-Charta verletzt?
120. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, daß der deutsche Staatsbürger Clemens Kuithan von KGB-Agenten an der Ausreise aus der Sowjetunion gehindert worden ist, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um seine unverzügliche Heimkehr nach Deutschland zu ermöglichen?
121. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in Fragen des Osthandels als Folge des sowjetischen Einfalls in Afghanistan volle Solidarität mit der amerikanischen Regierung üben, auch wenn es im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft oder von Cocom nicht zu einer einheitlichen Haltung kommen sollte?

122. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Befürwortet Bundeskanzler Schmidt keinesfalls einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, wie NOK-Präsident Daume erklärt haben soll, und wie wäre gegebenenfalls eine solche Haltung des Bundeskanzlers zur Solidaritätserklärung von Bundesminister Genscher gegenüber den USA in Einklang zu bringen, zumal Präsident Carter den amerikanischen Olympiaboykott inzwischen als unwiderfürlich bekräftigt hat?
123. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Welches sind die „ersten wichtigen Resultate“, die die Bundesregierung mit den USA vereinbart hat, wie die Sowjetunion veranlaßt werden kann, sich an der Entspannungspolitik zu beteiligen?
124. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung nach der endgültigen Boykottentscheidung des amerikanischen Präsidenten Carter hinsichtlich der Olympischen Spiele in Moskau noch selbst eine definitive Aussage abgeben, um die Solidarität mit den USA dadurch zu dokumentieren, oder sieht sie in einer solchen Aussage einen „inflationistischen Gebrauch“ des Begriffs Solidarität?
125. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vereinbarungen hat die Bundesregierung sowohl im Rahmen der Außenministerkonferenz in Rom als auch mit dem amerikanischen Partner hinsichtlich eines gemeinsamen und abgestimmten Konzepts des Westens nach der sowjetischen Okkupation Afghanistans getroffen?
126. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Besteht die Bundesregierung nach wie vor auf einen Abzug der sowjetischen Okkupationstruppen aus Afghanistan als Voraussetzung möglicher Verhandlungen zur friedlichen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
Zu welchen Schlußfolgerungen ist die gemäß der Erklärung des Ministerkomitees des Europarats über die Menschenrechte vom 27. April 1978 eingesetzte Expertenkommission bei der Prüfung der Frage der Aufnahme von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in die Europäische Menschenrechtskonvention gelangt, und decken sich diese Ergebnisse mit der Auffassung der Bundesregierung?
2. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
Wie ist die Haltung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu der Empfehlung 838 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats?
3. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Ausrichter der Olympischen Sommerspiele, die sowjetische Hauptstadt Moskau, erklärt hat, daß anlässlich der Spiele allen Sportlern der Zugang zu ausreichend vorhandenen Presseerzeugnissen aus aller Welt, also auch der überregionalen westlichen, nichtkommunistischen Zeitungen ermöglicht wird?
4. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
Ist es üblich oder unüblich, daß bei Presseerklärungen von Botschaften der Bundesrepublik Deutschland im Ausland die Parteimitgliedschaft des Delegationsleiters ausdrücklich erwähnt, die Namen und Parteimitgliedschaft der anderen Delegationsmitglieder jedoch nicht genannt werden?
5. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung der Regierungen Frankreichs und Luxemburgs, einen Kompromiß über die Tagungsorte des Europäischen Parlaments und den Sitz seines Generalsekretariats anzustreben, und ist sie von diesem Vorgang unterrichtet?
6. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß die Entscheidung über den Sitz und die Tagungsorte des Europäischen Parlaments gemäß dem Abkommen von Luxemburg aus dem Jahr 1965 nicht von zwei Regierungen allein getroffen werden kann, und ist sie nicht der Meinung, daß das direkt gewählte Europäische Parlament in derartige Verhandlungen einzubeziehen ist?
7. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
Inwieweit hat die Bundesregierung die Ergebnisse der 6. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Havanna der Öffentlichkeit bekanntgemacht, und wie will sie die Information über Entwicklungen aus diesem Bereich verbessern?
8. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
Wie steht es um die vertragliche Glaubwürdigkeit der Volksrepublik Polen angesichts der klaren völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Ausreiseprotokoll von 1975, wenn der für das Oppelner Gebiet alles entscheidende Parteichef behauptet,

- durch die Ausreise „werde von der Bundesrepublik Deutschland versucht, in Schlesien Unruhe zu schaffen“ (Bonner General-Anzeiger vom 16./17. Februar 1980)?
9. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Gruppenaufnahme von Indochinaflüchtlingen ist nach der Aufnahme von 12 810 Personen noch zugesagt, um unter Berücksichtigung der 2 700 konkreten Einzelzusagen und der Plätze für Familienzusammenführungen die von den Ländern vorgesehene Aufnahme von 20 000 Indochinaflüchtlingen zu erreichen?
 10. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was hat die Bundesrepublik Deutschland für die afghanischen Flüchtlinge in den Anrainerstaaten finanziell und durch materielle Güter tun können?
 11. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Für welche Produkte und Dienstleistungen hat die Bundesregierung den Vereinigten Staaten zugesichert, amerikanische Liefer Sperren gegenüber der Sowjetunion nicht zu unterlaufen?
 12. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Gibt es Zusagen an die Vereinigten Staaten, mit neuen Krediten und Bürgerschaften zurückhaltend zu sein?
 13. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Welches Ausmaß haben die direkten und indirekten Subventionen, aufgeschlüsselt nach nationalen und EG-Hilfen, für den Handel mit der Sowjetunion erreicht?
 14. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Welche Kürzungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Bereich?
 15. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Verhandlungen über die begrüßenswerte und dringliche Unterstützung an die Türkei, die auch Rüstungshilfe umfaßt, in geeigneter Weise sicherzustellen, daß letztere nicht zu Auseinandersetzungen mit anderen Mitgliedern der Atlantischen Allianz dienen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die flexible Altersgrenze für Bundesbeamte, ebenso wie dies in der weit überwiegenden Zahl der Bundesländer der Fall ist, generell auf das 62. Lebensjahr herabzusetzen?
17. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Natur- und Umweltschutzorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland erhalten von der Bundesregierung finanzielle Zuwendungen, und wieviel Gelder sind gegebenenfalls bisher den einzelnen Vereinigungen vom Bund zugeflossen?
18. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Nach welchen Maßstäben gewährt die Bundesregierung einzelnen Natur- und Umweltschutzorganisationen finanzielle Zuschüsse?

19. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis mancher Bundesbehörden, amtlich beglaubigte Urkundenfotokopien nicht anzuerkennen, und ist die Bundesregierung bereit, im Zuge ihrer Entbürokratisierungsmaßnahmen die ihr unterstehenden bzw. nachgeordneten Behörden anzuweisen, künftig auch amtlich beglaubigte Fotokopien als Urkunden anzuerkennen?
20. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Welche qualitativen Unterschiede bestehen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in den Sicherheitssystemen von Kernkraftwerken sowjetischer Bauart und solchen der Bundesrepublik Deutschland, und welche Unfälle bzw. Störfälle in Kernkraftwerken des Ostblocks sind der Bundesregierung bekannt?
21. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Unfälle im Ostblock bei der Produktion und Lagerung atomarer, chemischer und bakteriologischer Kampfmittel vor?
22. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Relation zwischen den finanziellen Aufwendungen für den Verteidigungsetat und den Aufwendungen für den Schutz der zivilen Bevölkerung im gegenwärtigen Haushaltsplan besteht?
23. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Bestehen bei der Bundesregierung Pläne, den Etatansatz für den Zivilschutz unter Berücksichtigung der besonderen außenpolitischen Konstellation zu erhöhen?
24. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Welche Rolle spielen nach Meinung der Bundesregierung die freiwilligen Feuerwehren im Konzept des Zivilschutzes?
25. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der derzeit geltenden Regelung die Kreise und Gemeinden mit der Finanzierung von Katastrophen- und Zivilschutzmaßnahmen, die die freiwilligen Feuerwehren ausführen, überfordert sind?
26. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung (vgl. dazu die Darstellung des „Spiegel“, Nummer 5 vom 28. Januar 1980, und des „Mannheimer Morgen“ vom 22. Januar 1980 über Äußerungen von Staatssekretär Dr. Hartkopf) als Ergebnis eines Studienprojekts über Vor- und Nachteile der unterirdischen Bauweise von Kernkraftwerken entschieden, die unterirdische Bauweise als atomrechtliche Maßnahme der Schadensvorsorge zu fordern, noch bevor die für den Innenausschuß des Deutschen Bundestages vorgesehene zusammenfassende Bewertung abgeschlossen ist?
27. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise hat die Bundesregierung das 1974 begonnene Studienprojekt über die Vor- und Nachteile der unterirdischen Bauweise von Kernkraftwerken insbesondere bei der Ergebnisbewertung mit der Deutschen Risikostudie koordiniert?
28. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung vor dem und am 11. Juli 1980 des 60. Jahrestags der großen Volksabstimmung gedenken, die nach dem ersten Weltkrieg in Teilen Ost- und Westpreußens durch-

- geführt wurde und bei der sich 96,66 v. H. der betroffenen Bevölkerung zu Deutschland bekannten, während 3,34 v. H. für Polen votierten, oder betrachtet es die Bundesregierung nicht als ihre Aufgabe, an diese geschichtliche Wahrheit zu erinnern?
29. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Bundesbeamte am 31. Dezember 1979 in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 beschäftigt waren, und wie hoch das durchschnittliche Entgelt einschließlich aller Zulagen je Gruppe war?
30. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Bundesbeamte am 31. Dezember 1979 in Besoldungsgruppen B 1 bis B 11 je Gruppe beschäftigt waren?
31. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage anzugeben, wie hoch das durchschnittliche Entgelt einschließlich aller Zulagen in den Besoldungsgruppen B 1 bis B 11 je Gruppe war?
32. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung über die Absicht, in der Stadt Hermeskeil, Kreis Trier-Saarburg, ein Heim für das Technische Hilfswerk zu errichten, informiert, und ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen?
33. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung im Hinblick auf ihre Antwort auf meine Frage in der Fragestunde der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages und die tatsächliche Situation bereit, die Auflösung der Grenzschutzfachschule München umzuwandeln in eine Zusammenlegung der Grenzschutzfachschulen München und Rosenheim?
34. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Gründe haben dazu geführt, daß die Umweltschutzvorschriften für Emissionen aus PVC-Betrieben noch nicht bundesweit vereinheitlicht worden sind, und will die Bundesregierung Initiativen unternehmen, um die nordrhein-westfälischen Vorschriften bundesweit zur Geltung zu bringen?
35. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, verstärkt altpapierhaltige Papiere bei der Herstellung von Schulbedarf (Schulbücher, Schulhefte, Ringbucheinlagen etc.) einzusetzen, da dies die Einsatzmöglichkeiten von Altpapier vergrößern und gleichzeitig einen Beitrag für die Umweltschutzerziehung von Jugendlichen darstellen würde?
36. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Ist der Bund bereit, sich an der Finanzierung der Faulschlammuntersuchungen in der Schlei zu beteiligen, weil es sich hier im Hinblick darauf, daß viele Gewässer unter ähnlichen Bedingungen leiden, um ein Pilotforschungsprojekt handeln dürfte, das über den regionalen Rahmen eines Bundeslands hinaus Bedeutung hat?
37. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind die Grundwasservorkommen in der Bundesrepublik Deutschland nach Qualität und Quantität erfaßt und geschützt, damit sie für eine mögliche spätere Nutzung als Trinkwasserreservoir gesichert werden können?

38. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang das Grundwasservorkommen in der Bundesrepublik Deutschland für die Bereitstellung als Trinkwasser verwendet wird und für welche anderen Nutzungen es auch zur Verfügung steht?
39. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten stehen nach Meinung der Bundesregierung gegebenenfalls zur Verfügung, um das wertvolle Grundwasservorkommen allein für die Trinkwasserversorgung bereitzustellen?
40. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, mit welchem prozentualen Anteil die Grundwasservorkommen in der Bundesrepublik Deutschland den Trinkwasserbedarf decken können?
41. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Zeitungsmeldungen bestätigen, nach denen innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins (SEW) eine Opposition entstanden sei, die sich im eurokommunistischen Spektrum einordnen läßt?
42. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Gibt es Hinweise dafür, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan innerhalb der DKP-Mitglieder oder innerhalb von solchen Organisationen, die der DKP politisch verbunden sind (wie etwa der Marxistische Studentenbund Spartakus), Unruhe ausgelöst hat?
43. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wie wurde nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die sowjetische Invasion in Afghanistan von dem in den jährlichen Verfassungsschutzberichten erwähnten Sozialistischen Hochschulbund (SHB) aufgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

44. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Interesse der Durchsetzung seiner Rechte für den Bürger die verschiedenen Rechtsbehelfsfristen in bundesrechtlichen Vorschriften vereinheitlicht werden sollten und dabei auch die Beschwerdefrist im Bußgeldverfahren verlängert werden sollte?
45. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Sonderstellung des Rechtspflegers anzuerkennen durch Einrichtung einer besoldungsrechtlichen Sonderlaufbahn mit der Eingangsstufe in Besoldungsgruppe A 11 bzw. durch Einführung der einheitlichen Amtsbezeichnung „Rechtspfleger“ für die Rechtspflegerlaufbahn?
46. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß männliche Ehepartner, die nach den geltenden Namensrecht den Namen ihrer Frau führen, dies deshalb tun, um einer Strafverfolgung oder der Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche zu entgehen?
47. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um die Vorschriften im Grundbuchwesen zu vereinfachen und die Gebühren für Eintragungen zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

48. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die den Geschiedenen ermöglichte steuerliche Absetzung der Unterhaltsberechtigten bis 9 000 DM jährlich von den Unterhaltsberechtigten häufig durch grundlose Verweigerung der erforderlichen Einverständniserklärung vereitelt wird, und ist sie bereit, diesen Mißstand im Wege der Gesetzgebung zu beseitigen?
49. Abgeordneter **Baack** (SPD) Trifft es zu, daß 5 DM Gedenkmünzen Otto Hahn in nicht unbeträchtlicher Anzahl illegal im Handel angeboten werden, und wenn ja, sind die Gedenkmünzen bei der Karlsruher Münze oder bei einer staatlichen Bank abhanden gekommen?
50. Abgeordneter **Baack** (SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Schwarzhandel zu unterbinden und die Münzsammler nicht noch weiter zu verunsichern?
51. Abgeordneter **Hoffmann** (Saarbrücken) (SPD) Mit welchen Prozentsätzen sind Bund und Länder an den Erträgen von Spielbanken beteiligt?
52. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die seit Jahren bestehenden Pauschsätze für Sendungen in die DDR, die von den Absendern bei der Steuerabrechnung geltend gemacht werden können, den heutigen Gegebenheiten entsprechend zu erhöhen?
53. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU) Welche Zusicherungen hat die Bundesregierung von der türkischen Regierung bisher in den laufenden Verhandlungen erhalten, daß die Türkei in Zukunft nicht mehr eines der wesentlichen Lieferländer für Rauschgift sein werde, wie dies der Bundeskanzler am 7. Februar 1980 in Gütersloh angekündigt hat, und warum war ein Durchsetzen dieser Forderung bisher nicht möglich, obgleich die Bundesrepublik Deutschland allein bilateral bereits drei Milliarden DM Kapitalhilfe an die Türkei geleistet hat?
54. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, wonach Firmenexemplare der wegen des gestiegenen Silberpreises auf Beschluß des Bundeskabinetts nicht herausgegebenen Otto-Hahn-Gedenkmünze abhandengekommen seien, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls zur Aufklärung dieser Angelegenheit veranlaßt?
55. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU) Welcher Schaden ist dem Steuerzahler durch dieses Vorkommnis gegebenenfalls entstanden?
56. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Bestimmungen des deutschen Zündwarenmonopols noch für zeitgemäß, die besagen, daß politische Werbung auf Zündholzbriefchen und Streichholzschachteln untersagt ist?
57. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dieses Verbot die politischen Parteien diskriminiert, und ist sie bereit, dieses Verbot abzuschaffen?

58. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Bis wann ist mit einem Abschluß der Verhandlungen über den Wertausgleich für Gebäude und dergleichen auf dem Gelände des früheren Munitionslagers Unterstmatt/Hornisgrinde zwischen der Bundesvermögensverwaltung und der Stadt Bühl (Baden) zu rechnen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um das nicht mehr für militärische Zwecke benötigte Gelände schon vor Klärung der derzeitigen Rechtsstreitigkeiten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (vergleiche Frage B 38 Drucksache 8/2948)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

59. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Sowjetunion seit einiger Zeit in großem Umfang strategische Rohstoffe wie Blei, Kupfer, Zink, Aluminium und Molybden einkauft, obwohl sie in diesen Rohstoffen als autark gilt, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Einkaufspolitik der Sowjetunion?
60. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Einrichtungen zur regelungstechnischen Optimierung des Energieverbrauchs einen erheblichen Beitrag zur Energieeinsparung leisten können, und ist die Bundesregierung bereit, die Förderungswürdigkeit der Anschaffung bzw. Herstellung solcher regelungstechnischer Optimierungseinrichtungen gemäß § 4 a Abs. 1 Satz 3 des Investitionszulagengesetzes zu bescheinigen, bzw. hält die Bundesregierung im Fall der Förderung solcher regelungstechnischer Einrichtungen eine Änderung von § 4 a des Investitionszulagengesetzes für erforderlich?
61. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Anregung des Hamburger Innensensors bekannt (Frankfurter Rundschau vom 9. Februar 1980), bei der Festlegung von Sperrzonen des sicherheitspolitischen Bereichs auch in Rüstungsbetrieben den Betriebsrat zu beteiligen und die Überprüfung dort beschäftigter Arbeitnehmer von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig zu machen, und gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, den Vorschlag des Senators aufzugreifen und das Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft daraufhin zu überprüfen, ob es nach Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes noch zeitgemäß ist?
62. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Industrieländer, seit wann und in welchem Umfang, gegenüber Ländern aus der Dritten Welt Exportquoten für die Einfuhr von Schuhen festgelegt haben?
63. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft zu geben über das jährliche Auftragsvolumen der öffentlichen Auftraggeber (Bundeswehr, Deutsche Bundespost und Deutsche Bundesbahn) und die Art seiner Vergabe, soweit die deutschen Motorenindustriestandsetzer davon betroffen sind?

64. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Hat die Bundesregierung den „Aktionskreis Energie der Bürger, Betriebsräte, Wissenschaftler und Politiker“ aus Eschborn bisher finanziell unterstützt, und welche Bundesministerien haben gegebenenfalls finanzielle Unterstützung für Veranstaltungen und Seminare dieses Aktionskreises in Aussicht gestellt?
65. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Aktionskreis Energie als gemeinnützig anerkannt ist oder die Gemeinnützigkeit beantragt hat?
66. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die angekündigten außerordentlichen Preiserhöhungen der monopolistischen Ruhrgas AG mit ihrem Marktanteil von 50 v. H., und ist sie in der Lage, dagegen etwas zu unternehmen?
67. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Hält die Bundesregierung es für berechtigt, daß die Gaspreise auf Grund der Ölpreiserhöhungen der OPEC-Länder angehoben werden, und beabsichtigt sie gegebenenfalls die dadurch anfallenden windfall-profits durch steuerpolitische Maßnahmen zum Teil abzuschöpfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

68. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte für die in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 2. Januar wiedergegebene Behauptung, mit dem Instrument der Förderschwelle „dränge man die Bauern von ihren Höfen und bringe Unzufriedenheit in die Dörfer“?
69. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Forschungen zur Nutzung möglicher neuer Energiequellen und -arten laufen gegenwärtig im Bereich des Bundesernährungsministers, und zu welchen Punkten sind schon Ergebnisse abzusehen?
70. Abgeordneter
Paintner
(CDU/CSU) Welche Forschungen zur Energieeinsparung im Bereich der Landwirtschaft laufen gegenwärtig im Verantwortungsbereich des Bundes, und wann ist hier mit nutzbaren Ergebnissen zu rechnen?
71. Abgeordneter
Paintner
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, den Ansatz zur Lösung der Milchmarktprobleme in der EG dort zu suchen, „wo allein für die staatliche Intervention produziert wird“ (Allgäuer Bauernblatt vom 20. Dezember)?
72. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß noch kürzlich Landwirte im Zweitberuf, die auf Grund ihres anderweitigen Erstberufs nicht mit einer Versicherungspflicht gerechnet hatten, von den landwirtschaftlichen Krankenkassen darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie bereits seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1972 versicherungspflichtig sind und auch kein Befreiungsrecht mehr haben, sondern rückwirkend Beiträge zu entrichten haben, und daß noch hieraus resultierende Prozesse vor der Sozialgerichtsbarkeit anhängig sind, und was kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs tun, damit in derarti-

- gen Fällen die landwirtschaftlichen Krankenkassen die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht doch noch aussprechen, um das vom Gesetzgeber beabsichtigte Wahlrecht zu gewährleisten und doppelte Beitragszahlungen sowie gegebenenfalls jahrelange Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden?
73. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Welche Staaten haben bis zum heutigen Tag die 200 Seemeilengrenze proklamiert?
74. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß der amerikanische Handelsboykott von Sojafrüchten von Unternehmen aus der EG in der Weise umgangen wird, daß die Sojafrüchte zu Sojaöl und Sojabrot verarbeitet werden und das Endprodukt in die Sowjetunion geliefert wird, und wie ist bejahendenfalls ein solches Vorgehen mit der von der Bundesregierung den USA gegenüber bekundeten Solidarität vereinbar?
75. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Hat oder wird die Sowjetunion es nach Kenntnis der Bundesregierung durch das Angebot von Sonderprämien auf anderen Märkten oder andere Maßnahmen erreichen können, die von der Regierung der Vereinigten Staaten verhängte Ausfuhrsperr von Getreide zu umgehen und Getreide aus der Europäischen Gemeinschaft zu kaufen, und was unternimmt die Bundesregierung, um dies zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

76. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund erheblicher regionaler Engpässe den Beschluß von 1978, der bis weiteres ausländischen Krankenpflegekräften aus Nicht-EG-Ländern keinen Einreisegesichtvermerk mehr erteilt, zu überprüfen und gegebenenfalls in besonderen Fällen ausländischen examinierten Krankenschwestern bzw. Krankenpflegern eine befristete Arbeitserlaubnis zu erteilen?
77. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wird die Bundesregierung Konsequenzen aus den tödlichen Unfällen bei der Benutzung von Haartrocknern in Bädern ziehen und die Hersteller verpflichten, wirksame Warnhinweise auf diesen Geräten anzubringen, wenn durch Konstruktionsänderung die tödlichen Gefahren nicht beseitigt werden können?
78. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Wie hat sich die Häufigkeit der Kuren von Kindern und Jugendlichen nach dem Recht der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung (§§ 187 bzw. 1236 RVO) — insbesondere nach den entsprechenden Änderungen durch das 20. Rentenanpassungsgesetz bzw. das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz von 1977 — entwickelt?
79. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Wie verteilen sich die durchgeführten Kuren für Kinder und Jugendliche im selben Zeitraum wie nach Frage 78 auf die verschiedenen Leistungsträger?
80. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Trifft es zu, daß die Träger der gesetzlichen Krankenkassen zum Teil die Errichtung eigener Kurheime erwägen?

81. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Sozialversicherungsträger auch die Möglichkeit erhalten sollten, ihre Rücklagen in Investmentanteilscheinen anzulegen, und ist sie bereit, eine entsprechende Ergänzung des Anlagekatalogs nach § 83 des Sozialgesetzbuchs – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – vom 23. Dezember 1976 vorzubereiten?
82. Abgeordnete
Frau
Männle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung in bezug auf den Entwurf eines arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes mit Hilfe eines Fallbeispiels verdeutlichen, was und wie – konkret – der Arbeitnehmer Tatsachen vermuteter geschlechtsspezifischer Benachteiligung glaubhaft machen, und was und wie – konkret – der Arbeitgeber die Beweislast tragen soll?
83. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem neuen Schwerbehindertengesetz Dialysepatienten entgegen früheren Regelungen nicht mehr als „hilflos“ anerkannt werden und damit bei sozialen und steuerlichen Regelungen schlechter gestellt werden, und wie will die Bundesregierung hier den früheren Rechtszustand wieder herstellen?
84. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesarbeitsministers, wonach Bundestagsabgeordnete, die sich auf Wunsch von Bürgern in deren Angelegenheiten an Verwaltungsbehörden, wie zum Beispiel an Versorgungsämter, wenden, eine Vollmacht des hilfesuchenden Bürgers vorlegen müssen, und wenn ja, gilt dies selbst dann, wenn ein Abgeordneter ein Versorgungsamt um die beschleunigte Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises bittet?
85. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Warum erfolgt eine Ungleichbehandlung bei der Gewährung des Übergangsgelds für Ledige und vergleichbare Betreute während einer Maßnahme zur Rehabilitation (z. B. Minderung durch die Bundesanstalt für Angestellte, keine Minderung durch die Arbeitsverwaltung), und was wird die Bundesregierung unternehmen, daß es künftig zu einer einheitlichen Regelung für alle Reha-Träger kommt?
86. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für rechtmäßig, daß zwei Ersatzkassen anstelle einer Erstattung in Höhe der geltenden Kassensätze ihren freiwillig versicherten Mitgliedern auf Wunsch Kostenerstattung gewähren, indem von den Privatrechnungen bestimmte Prozentsätze (55 bzw. 60 v. H.) übernommen werden, teilweise sogar unabhängig von der Höhe des berechneten Satzes der Gebührenordnung für Ärzte, und wenn nein, was kann sie dagegen unternehmen?
87. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß auch das geplante Forschungsvorhaben „Humanisierung der Arbeitswelt“ an die Studiengesellschaft Nahverkehr (SNV) vergeben werden soll, und wenn ja, unter welchen Gesichtspunkten erfolgte die Bestimmung der SNV als Projektträger?

88. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Welche Institutionen und Gesellschaften sind der Bundesregierung in Berlin außer der SNV bekannt, die in der Lage wären, die Forschungsvorhaben „Verkehrsführungssystem für Sehbehinderte“ und/oder das Vorhaben „Humanisierung der Arbeitswelt“ durchzuführen?
89. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Veröffentlichungen bestätigen, wonach der Bundesrechnungshof beanstandete, daß das Bundesamt für Zivildienst in den letzten beiden Jahren ca. 10,6 Millionen DM für die angebliche Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ausgegeben hat und trotz dieser Rüge für 1980 erneut 30 Millionen DM für den gleichen Zweck eingeplant wurden, obwohl nach Feststellungen des Bundesrechnungshofs derzeit ohnehin mehr Zivildienstplätze als Zivildienstleistende vorhanden sind?
90. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Falls das zutrifft, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die durch den Bundesrechnungshof beanstandeten Praktiken zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

91. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) In welcher Weise ist sichergestellt, daß Zeit- und Berufssoldaten, die Mitglieder des Stadtrats oder eines anderen Parlaments sind, durch diese Ortsgebundenheit keine Nachteile bei ihrer Förderung und Beförderung erfahren?
92. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Verbraucher besser vor offensichtlich gefährlichen Produkten, wie z. B. dem Motorrad Gold Wing, zu schützen, und sieht sie in einer gesetzlich geregelten Rückrufpflicht für gefährliche Produkte eine Möglichkeit der Verbesserung des Verbraucherschutzes?
93. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Rahmen einer Fernsehsendung über die Bundeswehr, aufgezeichnet von Herrn Reiser und im Ersten Fernsehprogramm am 1. Februar 1980 in der Sendung „Pro und Contra“ ausgestrahlt, ein Teil der Filmaufnahmen durch die Leitung des Bundesverteidigungsministeriums nicht zugelassen worden sind, andererseits ein Teil der Aufnahmen gegen den Einspruch der verantwortlichen Vorgesetzten durch das Bundesverteidigungsministerium erzwungen worden sind, und wie erklärt die Bundesregierung dies?
94. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Inhalt dieser Fernsehsendung zum Teil den Tatbestand der Zersetzung und der Aufhetzung zum Klassenkampf in den Streitkräften erfüllt hat – wie durch eine Vielzahl von Äußerungen bekannt geworden ist –, und welche Absicht lag der Genehmigung zu dieser Fernsehsendung und ihrer Ausstrahlung zugrunde?
95. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Wird nicht durch derartige Sendungen das zwischenmenschliche Vertrauen in der Bundeswehr nachhaltig gestört, und werden nicht durch eine derartige – keineswegs repräsentative – Auslese andere Bemühungen zur Praktizierung der Inneren Führung in den Streitkräften vorsätzlich unterlaufen?

96. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich der Bundeswehr bei einer größeren Anzahl von Bekleidungsstücken und in der persönlichen Ausrüstung Engpaßartikel gibt, zu denen z. B. der Kampfanzug Moleskin für kleine Größen, der Schlafsack, Klappspaten und ABC-Schutzplane gehören?
97. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Rekruteneinkleidung im Januar 1980 außerdem Engpaßartikel Schiffchen, Mantel (Heer) in den kleinen Weiten, Tuchhose, Feldparka in den gängigen Größen, Kampftasche klein, Wäsche- und Transportsack/Bekleidungssack und Mehrzweckmesser waren?
98. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß diese Artikel, die zur Grundausstattung jedes Soldaten gehören, unverzüglich den betroffenen Truppenteilen zugeführt werden?
99. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, in Zukunft zu verhindern, daß derartige Engpaßsituationen – besonders bei Rekruteneinkleidungen – überhaupt erst eintreten?
100. Abgeordneter Dr.-Ing. Oldenstädt (CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Feldheer im Jahr 1979 einen Teil der bei der Deutschen Bundesbahn entstandenen Transportkosten nicht bezahlen konnte und, wenn ja, wie hoch ist die Schuldsomme?
101. Abgeordneter Dr.-Ing. Oldenstädt (CDU/CSU) In welchen Größenordnungen würden die Divisionen des Feldheers für das Haushaltsjahr 1980 maximal vorbelastet sein, und wie stellt sich die Bundesregierung unter dieser Voraussetzung und angesichts der Kürzung der Mittel bei etwa 60 Titeln des Einzelplans 14 die zukünftige Haushaltsführung vor?
102. Abgeordneter Voigt (Sonthofen) (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß als Folge von STAN-Überprüfungen beim Waffensystem HAWK die Stellen der Fernmeldeoffiziere vom Hauptmann auf Oberleutnant herabgestuft wurden mit dem Ergebnis, daß Oberleutnante, die bereits seit Jahren hier Dienst geleistet haben und noch leisten, nicht mehr befördert werden können, und trifft es zu, daß dies auch für das Waffensystem NIKE vorgesehen ist?
103. Abgeordneter Voigt (Sonthofen) (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diese Zurückstufung und ihre Auswirkungen auf die direkt Betroffenen für gerechtfertigt, und was gedenkt sie im Hinblick auf die weitere Förderung dieser Soldaten zu veranlassen?
104. Abgeordnete Frau Dr. Lepsius (SPD) Welche Ergebnisse haben die mir seinerzeit angekündigten Gespräche mit kanadischen Regierungsstellen zur Beseitigung der Lärmbelästigung auf dem Natoflugplatz Söllingen durch Errichtung einer Lärmschutzhalle erbracht, und besteht mittlerweile Einverständnis über die Notwendigkeit dieser Lärmschutzmaßnahme zum Schutz der anliegenden Gemeinde Hügelsheim zwischen der deutschen und kanadischen Regierung?

105. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wenn ja, woran ist bisher die Finanzierung entsprechender Lärmschutzvorrichtungen auf dem Flugplatz Söllingen gescheitert, nachdem auf allen anderen Militärflugplätzen in der Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos entsprechende Lärmschutzhallen errichtet wurden?
106. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Errichtung einer Lärmschutzhalle auf dem Natoflugplatz Söllingen im Vorgriff zu finanzieren und sie mit anderen Leistungen zu verrechnen, wenn nein, welche Vorschriften hindern die Bundesregierung, und was gedenkt sie dann zu tun zum Lärmschutz der Bevölkerung?
107. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Was ist der Anlaß dazu, in Bundeswehrkasernen Lehrlinge ausbilden zu lassen, und wäre es möglich, auch Lehrwerkstätten beim Luftwaffenversorgungsregiment in der Bleiberg-Kaserne in Mechnich einzurichten?
108. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Warum ist es nach Auffassung der Bundesregierung nicht möglich, daß Zeitsoldaten analog dem Entwicklungshelfermodell nach ihrem Wehrdienst die volle Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten können?
109. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie viele Soldaten der Dienstgrade Oberfeldwebel, Leutnant (FD/TrpD), Oberleutnant (FD/TrpD) und Hauptmann bereits die Mindestdienstzeit für eine Beförderung (unter Anwendung der Ermächtigung nach § 35 der Soldatenlaufbahnverordnung) erfüllen, ohne zum 1. April 1980 den nächsthöheren Dienstgrad zu erhalten, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um hier gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

110. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Wieviel Länder verlangen bei der Einreise die Vorlage einer Pockenimpfbescheinigung, obwohl die WHO die Pockenimpfung als unnötig bezeichnet hat, da diese Infektionskrankheit in den letzten zwei Jahren nicht mehr aufgetreten ist?
111. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um ihre Bürger vor ungerechtfertigten Impfanforderungen bei Auslandsreisen zu schützen?
112. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der WHO, daß die Risiken einer Pockenschutzimpfung weitaus größer sind als das Risiko — „welches jetzt gleich 0 ist“ (WHO-Mitteilung vom 26. Oktober 1979) — an Pocken zu erkranken?
113. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgchancen von Bemühungen der WHO, weltweit auf einen Verzicht der Pockenimpfpflicht und die Vorlage eines Impfzeugnisses bei Auslandsreisen hinzuwirken?

114. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist nach Ansicht der Bundesregierung in dem im § 48 Abs. 3 des Arzneimittelgesetzes erstmals verwendeten Begriff „Anwendungsbereiche“ der Begriff „Anwendungsgebiete“ mit eingeschlossen und damit beabsichtigt, eine entsprechende Begrenzung der Verschreibungspflicht auf bestimmte Anwendungsgebiete zu ermöglichen?
115. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) In welcher Weise und mit welchen Summen werden bisher Jugendaustausch und Jugendbegegnung aus dem Bundeshaushalt, insbesondere mit Ostblockstaaten, gefördert?
116. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung ein Antidiskriminierungsgesetz für notwendig, wenn ja, was sollte es beinhalten und wenn nein, warum nicht?
117. Abgeordneter
Möller
(FDP) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Einbringung eines Gesundheitssicherungsgesetzes noch in der 8. Legislaturperiode notwendig ist, und wird sie entsprechend verfahren?
118. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Behauptungen des Deutschen Verbraucherschutzverbandes (Pressemitteilung vom 15. Januar 1980) bekannt, daß auf Grund einer Vielzahl gleich gelagerter Fälle ein Kausalzusammenhang zwischen Amalgamverwendung bei kariösen Defekten und Quecksilbervergiftungen nicht mehr zu bezweifeln sei, und ist die Bundesregierung bereit, wissenschaftliche Untersuchungen einzuleiten, um diese Behauptung zu überprüfen?
119. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für erforderlich, gegebenenfalls bis zur Fertigstellung eines Forschungsberichts über eventuelle Amalgamgefährdung irgendwelche Sofortmaßnahmen einzuleiten, und welcher Art könnten diese sein?
120. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage B 124 der Drucksache 8/3644 so zu verstehen, daß sie es nicht als Einblick in die Einkommensverhältnisse eines Mieters ansieht, wenn der Vermieter z. B. erkennen kann, daß ein unverheirateter Mieter ein Einkommen von höchstens 900 DM monatlich hat, und wenn nein, wie ist dies mit der Antwort auf meine angeführte Frage zu vereinbaren?
121. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gebühren für die Untersuchungen nach dem Geflügelfleischhygienegesetz die deutschen Schlachtereien erheblich belastet, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wettbewerbsgleichheit in der EG wiederherzustellen, nachdem die holländische Regierung einen Teil der Untersuchungsgebühren erstattet?
122. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ergreift die Bundesregierung für die unter der nicht ansteckenden Schuppenflechte leidenden Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Hilfsmaßnahmen, und wenn ja, welche?
123. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wann hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit seinen derzeitigen Ministerwagen angeschafft, und um welchen Wagentyp handelt es sich dabei?

124. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wieviel kW hat der neue Wagen, und wie hoch war der Preis einschließlich einer etwaigen Sonderausstattung?
125. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Unter welchem Titel ist die Neuanschaffung im Haushaltsplan 1979 oder 1980 veranschlagt, und mit welchen Einzelbestimmungen?
126. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist die Neuanschaffung mit dem Bundesfinanzministerium abgestimmt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

127. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Überwachung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Lastkraftwagen hinsichtlich der einschlägigen Arbeitszeitordnung durch Organe des Bundes ausreichend ist, um die Befolgung der entsprechenden Bestimmungen sicherzustellen?
128. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung einzuleiten, um erkannte Unzulänglichkeiten auszuräumen, als deren Folge eine Gefährdung der Sicherheit des Straßenverkehrs nicht auszuschließen ist sowie gesundheitliche Schäden bei den Fahrern möglich sind?
129. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister beabsichtigt, einen Senatsdirektor (B 6) aus der Landesverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg, der in diesem Jahr das 62. Lebensjahr vollendet, unter Versetzung in den Bundesdienst zum Ministerialdirektor (B 9) und Leiter der Abteilung Seefahrt zu ernennen, und wie vereinbart er gegebenenfalls diese Absicht mit dem Erlaß des Bundesfinanzministers zu § 48 vom 28. Juli 1970 in der Fassung vom 12. Juli 1971 (MinBlatt Fin 1970, S. 586, MinBlatt WF-F 1971, S. 470)?
130. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Pensionszahlungen (einschließlich Nebenleistungen wie Beihilfen) an einen Beamten der Besoldungsgruppe B 9, der nach Vollendung des 65. Lebensjahrs und Erreichung des Höchstpensionsalters in den Ruhestand tritt, berechnet unter Zugrundelegung der derzeitigen Besoldung für die Dauer der aus der Statistik sich ergebenden durchschnittlichen Lebenserwartung eines 65 Jährigen?
131. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Zustimmung zur Übernahme der Kosten (ca. 13 Millionen DM) für die Verlegung der Schienen der Deutschen Bundesbahn im Zusammenhang mit der Ortsumgebung Rüdesheim (B 42) zu geben?
132. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß beim Transport von Lebendvieh nach Italien die Deutsche Bundesbahn statt der beantragten Großraumwaggons bei gleichen Gebührensätzen zunehmend ersatzweise aus Italien hereinkommende Kleinwaggons der betroffenen Wirtschaft zur Verfügung stellt, wobei die Verloader von Lebendvieh keine Möglichkeit haben, auf andere Transportmittel auszuweichen?

133. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung den daraus resultierenden Fracht- und Arbeitsmehraufwand für die betroffenen Verlader beziffern?
134. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß die Forderung des gleichen Gebührensatzes für zwei völlig unterschiedliche Leistungen abgestellt wird?
135. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß die zuständigen Ministerien in Bonn und München sich darauf geeinigt haben, die einbahnige Anschlußstrecke von der Nord-Süd-Autobahn Würzburg – Ulm zur B 25 im Raum Schopfloch/Westmittelfranken auf jeden Fall wie bisher geplant zu bauen, und ist damit die frühere Erklärung des Bundesverkehrsministeriums, das Projekt werde zurückgestellt, überholt?
136. Abgeordneter
Hanz
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Förderung der technischen Entwicklung von Schutzeinrichtungen aus Drahtseilen (Sicherheitszäune) als Straßenabschränkungen aufgegeben?
137. Abgeordneter
Hanz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in den Versuchen von 1962 bis 1968 grundsätzlich nicht negativ beurteilten Schutzeinrichtungen aus Drahtseilen durch Anlage einer Versuchsstrecke für Anfahrversuche weiter zu erproben und gegebenenfalls bis zur Fertigungsreife fortzuentwickeln?
138. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, daß in anderen Staaten, z. B. in der Schweiz und in den USA, Schutzeinrichtungen aus Drahtseilen in umfangreichen Versuchen erprobt und daß Strecken, die dem öffentlichen Verkehr dienen, mit dieser Art Straßenabschränkungen bereits ausgerüstet worden sind?
139. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Sind darauf bezogene Erfahrungsberichte eingeholt und ausgewertet worden?
140. Abgeordneter
Dr. Waffenschmidt
(CDU/CSU) Liegen Erkenntnisse darüber vor, ob Schutzeinrichtungen aus Drahtseilen bei Gewährleistung höherer oder gleicher Verkehrssicherheit in der Anschaffung billiger und schneller zu reparieren sind als die derzeit gebräuchlichen Doppelleitplanken aus Stahl?
141. Abgeordneter
Dr. Waffenschmidt
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung geprüft, ob die Sicherheit im Straßenverkehr durch ein kombiniertes System von Leitplanken und Drahtseilabschränkungen oder durch ergänzende Schutzeinrichtungen aus Drahtseilen verbessert werden kann?
142. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wird die erfolgte Bestimmung der Linienführung einer Bundesfernstraße nach § 16 des Bundesfernstraßengesetzes durch den Bundesverkehrsminister dadurch hinfällig, daß ein Projekt aus dem Bundesverkehrswegeplan 1980 ganz herausfällt oder dort in Stufe II eingeordnet wird, und bleibt die vom Bundesverkehrsminister festgelegte Trasse auch verbindlich, wenn im Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 aus einer Autobahn eine Bundesstraße wird, deren optimale Linienführung eigentlich erst noch untersucht werden soll?

143. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit — nachdem im Jahr 1970 über 1000 Kinder im Straßenverkehr getötet wurden und die Zahl der auf Zweiradfahrzeugen getöteten Kinder stark angestiegen ist — nach Rücksprache mit den zuständigen Landesministern zu veranlassen, daß keine Bundes-, Landes- oder Kreisstraße mehr gebaut werden darf, ohne daß gleichzeitig ein Radfahrweg angelegt wird?
144. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, oder, falls dies nicht möglich ist, durch einen geringeren Ausbaustandard der angeführten Straßen soviel Geld einzusparen, daß die Fahrradwege finanziell ermöglicht werden?
145. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß eine der Alternativlösungen der Deutschen Bundesbahn (DB) zur Verbesserung der Bundesbahnverbindung Köln—Frankfurt/Main, die dem Bundesverkehrsminister (BMV) seit dem 3. April 1978 vorliegt und auf Grund der Zielvorhaben des BMV an den Vorstand der DB vom Dezember 1974 erarbeitet worden ist, eine Trassenführung über die Bonner Naherholungsgebiete Marienforster Tal, Ließemer Tal sowie Mehlemer Tal vorsieht?
146. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung sich dabei bewußt, daß durch die Verwirklichung dieser Überlegungen und Pläne unersetzliches Naherholungsgebiet für die Bundeshauptstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises zerstört wird, und was gedenkt sie zu tun, um dies zu verhindern?
147. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung den jetzt von der Deutschen Bundesbahn vorgesehenen Standort für einen Rangierbahnhof München in München-Nord für richtig, und falls nein, ist sie bereit, weitere Standorte zur Einleitung eines neuen Raumordnungsverfahrens vorzuschlagen?
148. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Kontrolle von Tanklastwagen in Baden-Württemberg, wo nur 11 v. H. der Fahrzeuge nicht beanstandet wurden und über 80 v. H. der Tankwagen technische Mängel aufwiesen, schärfere Sicherheitsvorschriften als bisher vorzusehen?
149. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zuge der Bundesstraße 3 einen Verkehrshalbring um die Gemeinde Weingarten auszubauen, daß er als Ortsumgehung zu benutzen wäre, und der Gemeinde die dadurch entstehenden Mehrkosten zu bezuschussen?
150. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesbahndirektion Frankfurt für die ständige Verspätung von Nahverkehrszügen im Raum Mainz die sehr dichte Zugfolge auf den Hauptabfuhrstrecken verantwortlich macht und eine Lösung dieses Problems im wesentlichen nur in einem intensiven Weiterausbau des öffentlichen Nahverkehrs, z. B. durch separate S-Bahngleise, sieht, und ist die Bundesregierung vor diesem Hintergrund bereit, dem Bau eines Zusatzgleises von Frankfurt über Mainz in den Raum Bingen eine größere Dringlichkeit als bisher zuzumessen?

151. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung bis zur Inbetriebnahme eines weiteren Gleises eine Möglichkeit, Verspätungszeiten infolge dichter Zugfolgen dadurch zu vermeiden, daß der Güterverkehr noch stärker als bisher aus den Hauptverkehrszeiten herausgenommen und z. B. in die Nachtstunden verlagert wird?
152. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung zur Förderung des zivilen und gewerblichen Flugreiseverkehrs sowie des Flugsports die erweiterte Nutzung des niedersächsischen Militärflugplatzes Diepholz?
153. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Welche Sicherheitsvorschriften und Schutzmaßnahmen werden für den Transport gefährlicher Güter (z. B. Ammoniak und andere gefährliche und explosive Stoffe) durch den Nord-Ostsee-Kanal angewendet, und wie wird die Durchführung der Sicherheitsvorschriften gewährleistet (Lotsen, Schiffs-fahrtspolizei)?
154. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Entsprechen diese Maßnahmen vergleichbaren Vorkehrungen in anderen internationalen Wasserstraßen?
155. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Welche Katastrophenschutzplanungen bestehen für mögliche schwere Unfälle, z. B. einer Kollision eines Ammoniakschiffs bei völliger Verdampfung der Ladung in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten, wie Brunsbüttel, Rendsburg oder Kiel?
156. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Werden in potentiell gefährdeten Gebieten am Nord-Ostsee-Kanal regelmäßig Katastrophenschutzübungen durchgeführt, die speziell auf derartige Unfälle abgestimmt sind, und wie sind die Organisationen des Katastrophenschutzes für solche Unfälle technisch und ausbildungsmäßig vorbereitet?
157. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in der zur Zeit in Vorbereitung befindlichen Ferienreiseverordnung für Obsttransporte an Wochenenden Ausnahmeregelungen zuzulassen wie sie schon jetzt für Milchtransporte bestehen?
158. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß das Teilstück Rastatt—Offenburg der geplanten Bundesbahnschnelltrasse Mannheim—Basel, falls diese gebaut werden sollte, verstärkt an die schon jetzt bestehende Rheintalstraße angelehnt wird, um ein weiteres „Zerschneiden“ des Rheintals und einen unnötig hohen Geländeverbrauch zu vermeiden?
159. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Fähre mit Kettenantrieb in Fischerhütte, die für viele Kraftfahrer zu längeren Wartezeiten führt, durch eine moderne Schnellfähre zu ersetzen mit dem Ziel, durch eine stärkere Inanspruchnahme den Fährbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten, oder besteht immer noch die Gefahr, daß diese Fähre stillgelegt wird, obwohl die hierdurch dann zwangsläufigen Umwege der Fährbenutzer zu einem erhöhten Energieverbrauch führen und somit nicht in das Energiesparkonzept der Bundesregierung passen würden?

160. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bund bereit — weil es von allen Fraktionen der Büdelsdorfer Gemeindevertretung gewünscht wird — bei einem zweispurigen Ausbau der Hollerstraße (B 203) einschließlich Abbiegespuren sowie Park- und Bushaltebuchten, den Abbruch der Häuser nördlich der Firma Ahlmann zu finanzieren, wie es bei dem ursprünglich geplanten vierspurigen Ausbau vorgesehen war, weil bei zwei durchgehenden Fahrspuren ein sicherer und reibungsloser Verkehrsfluß nur dann erreicht werden kann, wenn diese Häuser abgerissen werden, oder bestehen hinsichtlich des Ausbaus und der Finanzierung der B 203 durch Büdelsdorf andere Vorstellungen?
161. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß in den Fahrplänen der Deutschen Bundesbahn auf der Strecke zwischen Gemünden und Frankfurt nicht nur der allgemeine Reisezugverkehr, sondern auch die Berufspendler zwischen Gemünden und Frankfurt in der Ausweisung von günstigen D-Zügen gebührend berücksichtigt werden und nicht die günstigen D-Züge durch Eilzüge mit erheblich längeren Fahrzeiten (bedingt durch die vielen Halte) ersetzt werden?
162. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Gibt es bundesrechtliche Vorschriften für Höchstbelastungswerte von Lärm bei Straßenkehrmaschinen und Müllfahrzeugen während der Arbeit und zwar gemessen am Fahrerplatz und für die Anwohner der befahrenen Straßen, und wenn ja, wie wird ihre Einhaltung überprüft, wenn nein, besteht seitens der Bundesregierung die Absicht für eine gesundheitsschonende Regelung?
163. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Dienst der Deutschen Bundespost die Ämter der Besoldungsgruppen A 2 und A 3 in Fortfall zu bringen?
164. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Welche schwerwiegenden Gründe sprechen dagegen, dem Fernsprehraum Bonn bei der beabsichtigten Änderung der Ortskennzahl entsprechend der Funktion Bonns als Hauptstadt eine zweistellige Ortskennziffer zuzuweisen?
165. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Welche Kosten mußten die Telefonbenutzer für die Plakat- und Anzeigenaktion der Deutschen Bundespost aufbringen, um der Bevölkerung die Neuregelung des Telefonzeittakts näherzubringen?
166. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Gehört es zur normalen Praxis der Deutschen Bundespost, Geschäftsräume zu Preisen zu vermieten, die weit über dem Durchschnitt liegen, oder handelt es sich bei der Anmietung eines Ladenlokals in Hagen zum Preis von ca. 100 000 DM pro Jahr um eine Ausnahme?
167. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Wird die Deutsche Bundespost zur Verladung von Postgut auf Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn Container einführen, um die von mir vielfach beobachtete Sorglosigkeit beim Umladen von Postgut in Züge der Deutschen Bundesbahn auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

168. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, wonach die Bundesregierung Möglichkeiten zur Fortführung des Dorferneuerungsprogramms nach dem Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen prüft, und – bejahendenfalls – in welchem konkreten Stadium befinden sich die diesbezüglichen Planungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

169. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Wieviel Reisen in dringenden Familienangelegenheiten wurden seit Inkrafttreten des Grundvertrags pro Jahr von Seiten der „DDR“ genehmigt, und wieviel Anträge auf Reisen in dringenden Familienangelegenheiten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den genannten Zeiträumen abgelehnt?
170. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung der „DDR“ ergriffen, um zu erreichen, daß die „Kann-Bestimmung“ bei Genehmigungen von den „DDR“-Behörden nicht negativ verallgemeinert und die Reisemöglichkeit als solche zur Ausnahme wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

171. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit ihrer wiederholt erklärten Absicht, z. B. Drucksache 8/3429, die Transparenz der Subventionen zu erhöhen, wenn von den Fördermitteln in Höhe von ca. 1,9 Milliarden DM, die im Jahr 1979 aus dem Haushalt des Bundesforschungsministeriums an die Wirtschaft geflossen sind, im 7. Subventionsbericht der Bundesregierung nur ein Betrag von 76 Millionen DM aufgeführt wird?
172. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Wird die Bundesregierung für den im Jahr 1981 dem Deutschen Bundestag vorzulegenden 8. Subventionsbericht sicherstellen, daß die Forschungs- und Entwicklungsfinanzhilfen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aus dem Haushalt des Bundesforschungsministeriums genauso umfassend aufgeführt werden wie bisher schon die entsprechenden Fördermittel aus anderen Ressorts?
173. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Wieviel Anfragen auf Beteiligung hat die Frankfurter Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH seit ihrer Gründung 1975 bearbeitet, wie lautet der Proporz zwischen zustandekommenen Beteiligungen, abgelehnten und noch in Prüfung befindlichen Beteiligungsanfragen?
174. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Wieviel von den bisher eingegangenen Beteiligungen mußten als Verlustgeschäft abgeschrieben werden?

175. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Welche materiellen und immateriellen Vorteile werden Berliner Unternehmen bzw. in Berlin investierende Unternehmen durch die Einrichtung eines Berliner Büros der Frankfurter Wagnisfinanzierungsgesellschaft genießen?
176. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Standorte sind für die in dem von der Bundesregierung veröffentlichten Kohleveredlungsprogramm genannten Kohleveredlungsanlagen vorgesehen, und inwieweit bestehen für diese Standorte bereits planungsrechtliche Voraussetzungen für den Bau der Anlagen?
177. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welchen wesentlichen Bedingungen, vor allem hinsichtlich Größe insgesamt und Abstand zu Wohngebieten, müssen die Standorte für die Kohleveredlungsanlagen genügen?
178. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wird die von vielen industriellen Betreibern gewünschte Umstellung von ölverbrauchenden Altanlagen auf moderne Kohlefeuerungsanlagen durch bundesrechtliche Vorschriften behindert?
179. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die zu einem vermehrten Einsatz von Kohle anstelle von Öl, insbesondere schwerem Heizöl, notwendige Änderung der Verbrauchstruktur in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern und zu beschleunigen?
180. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung bei der Vergabe der in Berlin durchgeführten Forschungsvorhaben „Telebus für Behinderte“ und „Verkehrsführungssystem für Sehbehinderte“ den Berliner Senat als Auftraggeber veranlaßt, den Auftrag an die Studiengesellschaft Nahverkehr (SNV) mit Sitz in Hamburg zu vergeben, obwohl zumindest letzteres Vorhaben nicht in den eigentlichen Tätigkeitsbereich dieser Gesellschaft fällt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

181. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Welche Länder und welche Studentenwohnheimträger beteiligen sich an dem Demonstrativvorhaben mit dem Schwerpunkt „Energiesparen beim Bau und Betrieb von Studentenwohnheimen“, wie es der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in seiner Antwort vom 13. Februar 1980 auf meine diesbezüglichen Fragen angekündigt hat?
182. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Umsetzung von grundsätzlichen Erkenntnissen auf die spezifischen Anforderungen und Bedingungen des Studentenwohnraumbaus angesichts der Misere im Studentenwohnraumbau sowie der nach wie vor geringen Kostenrichtwerte für eine vorrangige Aufgabe?
183. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung stehen als es Schulabsolventen in 1980 geben wird, und kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wieviel Ausbildungsplätze mehr als auszubildende Jugendliche vorhanden sein werden?

184. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Wie weit sind bisher die Beratungen des Ausschusses für Fragen Behinderter beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin zur qualifizierten Berufsförderung behinderter Jugendlicher unterhalb der Ebene der zur Zeit anerkannten Ausbildungsregelungen vorangekommen, und wird dabei u. a. auch eine zeitliche Ausdehnung der Berufsfindungsmaßnahme für Jugendliche, die körperbehindert und lernbehindert sind, erwogen?
185. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch ein breiteres Angebot im Trainings- und Arbeitsbereich in den Werkstätten für Behinderte die persönliche Leistungsfähigkeit körperbehinderter Jugendlicher so gesteigert werden könnte, daß sich ihre Chancen erhöhen, in Berufsbildungswerke oder auf den freien Arbeitsmarkt vermittelt zu werden, und wie wird die Bundesregierung bejahendenfalls diese Anregung unterstützen?

Bonn, den 22. Februar 1980

